STEIRISCHER BAUERNBUND

LAND & FORST
BETRIEBE STEIERMARK

Positionspapier

zur Europäischen Agrar- & Handelspolitik

Dezember 2025

Der Steirische Bauernbund vertritt die Interessen von über 32.000 Bäuerinnen und Bauern und Menschen im ländlichen Raum. Gemeinsam mit den Land&Forst Betrieben agieren wir als stärkste agrarische Interessensvertretung für die Steiermark und setzen uns für die Stärkung unserer bäuerlichen Familienbetriebe, für nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden und für faire Wettbewerbsbedingungen am Binnenmarkt ein, damit die Versorgungssicherheit der Steiermark und Europas gewährleistet bleibt.

Im Rahmen der **Kampagne „Die Steiermark in Europa“** haben wir mit hunderten Bäuerinnen und Bauern aus allen Regionen der Steiermark gesprochen. Mehr als **700 Rückmeldungen von Praktikerinnen und Praktikern** wurden gebündelt und bilden die Grundlage dieses Positionspapiers. Es spiegelt die tatsächlichen Herausforderungen wider, mit denen unsere Familienbetriebe täglich konfrontiert sind, und zeigt klar, welche politischen Rahmenbedingungen notwendig sind.

Als landwirtschaftliche Interessensvertreter möchten wir die zusammengefasste Meinung der betroffenen Betriebe in fünf Punkten kundtun, die in den Entscheidungen – und letztendlich in der Haltung der Europäischen Union in Fragen der aktuellen Agrar- und Handelspolitik - berücksichtigt werden sollten.

1. Eine eigenständige, faire und inflationsangepasste GAP

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) stellt für Österreich jährlich rund 1,82 Milliarden Euro bereit und sichert damit das bäuerliche Einkommen, Investitionen in Neubauten und Umweltleistungen. Rund zwei Drittel der bäuerlichen Leistungsabgeltung werden in Österreich über die zweite Säule (ländliche Entwicklung, Klima-, Umwelt- und Tierwohlmaßnahmen) sichergestellt. Für viele Betriebe machen GAP-Zahlungen 30 bis 50 % des landwirtschaftlichen Einkommens aus – in Berg- und Grünlandregionen oft sogar mehr (FADN, Grüner Bericht 2025). Der aktuelle Vorschlag der Europäischen Kommission zur GAP nach 2027, Agrargelder um mehr als 20% zu kürzen und zukünftig über den Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) zu regeln, führt zu Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des Binnenmarktes, lässt landwirtschaftliche Umweltleistungen massiv schrumpfen und stellt für die bäuerlichen Familienbetriebe eine existenzielle Bedrohung dar.

Die **Steirische Interessensvertretung** vertritt für die bäuerlichen Familienbetriebe klare Positionen:

a) Die GAP nach 2027 soll finanziell und politisch gestärkt, **in ihrer Eigenständigkeit gesichert** und als strategischer Bestandteil europäischer Sicherheit anerkannt werden.
b) Die GAP nach 2027 soll **weiterhin für faire Abgeltungen sorgen**, um Klima- und Umweltleistungen für Gesellschaft und Natur zu erbringen und den Fortbestand der kleinstrukturierten, bäuerlichen Familienbetriebe zu erhalten.
c) Die GAP nach 2027 soll von einer verpflichtenden **Degression gemäß Art. 6 des GAP-Vorschlags Abstand nehmen**, da dies zu einer Schwächung der produzierenden Haupterwerbsbetriebe führt, stattdessen soll eine **Kappung bei 100.000 Euro unter vollständiger Anrechnung der Lohn- und Arbeitskosten** erfolgen.
d) Die GAP nach 2027 soll erstmals in der Direktzahlung einer jährlichen **Inflationsanpassung** nach jährlichen Daten des statischen Amtes des Europäischen Union unterliegen, um eine dauerhafte, reale Wirkung der bäuerlichen Einkommensstützung sicherzustellen.

2. Fairness & Nachhaltigkeit bei internationalen Handelsabkommen

Die steirische bäuerliche Interessenvertretung bekennt sich zu fairen Freihandelsabkommen. Für Abkommen, bei denen bäuerliche Familienbetriebe in Europa und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung auf dem Spiel stehen, lehnen wir entschieden ab. **Hohe Umwelt-, Tierwohl- und Sozialstandards, die in der Europäischen Lebensmittelproduktion Gültigkeit haben,** finden sich in möglichen Abkommen mit Drittstaaten nicht wieder und würden den **Europäischen Binnenmarkt unter Druck** bringen.

Am Beispiel Mercosur würden unter anderem **zusätzliche 99.000 Tonnen Rindfleisch pro Jahr** sowie erhöhte Importmengen bei **Geflügel, Zucker und Ethanol** in die EU gelangen. Gleichzeitig sind in der EU **über 1.300 Pflanzenschutzwirkstoffe verboten**, die in Südamerika weiterhin eingesetzt werden.

Die **Steirische Interessenvertretung vertritt** für die bäuerlichen Familienbetriebe klare Positionen:

a) **die Ablehnung des Mercosur-Abkommens in seiner derzeitigen Form**
b) **verbindlich Umwelt-, Tierwohl- und Sozialstandards** bei Importen aus Drittstaaten, die den europäischen Produktionsstandards entsprechen
c) **die strikte Ausrichtung internationaler Handelsabkommen nach Art. 39 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)**
d) **wirksame Schutzmechanismen zur Sicherung stabiler Agrarmärkte**

3. Einheitliche Pflanzenschutzstandards in ganz Europa

Die EU-Pflanzenschutzmittelverordnung 1107/2009 stellt die europäische Landwirtschaft vor große Herausforderungen. Durch eine große Anzahl an Wirkstoffverboten ohne Alternativlösunge fehlen den Landwirtinnen und Landwirten zunehmend praktikable Werkzeuge zur Sicherung von Erträgen und Qualität. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Existenz der Betriebe, sondern auch die Versorgungssicherheit in Europa.

Die **Steirische Interessensvertretung** vertritt für die bäuerlichen Familienbetriebe klare Positionen:

a) **Eine unbefristete Zulassung bei Pflanzenschutzwirkstoffen,** solange keine gleichwertige Alternative als Substitutionsprodukt am Merkt verfügbar ist.
b) **Planungssicherheit für Landwirtinnen und Landwirte** Notfallzulassungen verhindern Planbarkeit vor allem bei Dauerkulturen wie Obst- oder Weinbau der Fall ist. Hier braucht es in Zukunft reguläre Wirkstoffzulassungen.
c) **Einheitliche EU-weite Standards zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit** Pflanzenschutzstandards müssen in allen EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Nationale Sonderregelungen und zusätzliche Einschränkungen verzerren den Wettbewerb im Binnenmarkt und benachteiligen österreichische Betriebe. Einheitliche Standards sind Voraussetzung für faire Wettbewerbsbedingungen, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und eine stabile Lebensmittelversorgung.

4. Planungs- und Investitionssicherheit für junge Tierhalter

Steigende Produktionskosten, wachsende gesellschaftliche Erwartungen an Tierwohl und Umweltstandards und vor allem zunehmende komplexe rechtliche Vorgaben, stellen die heimischen Tierhalter vor große Herausforderungen. Dies führt in der ganzen EU zu sinkenden Beständen (vor allem in der Schweine- und Rinderhaltung) und zu zahlreichen Betriebsschließungen. Insbesondere die Europäische Industrieemissions-Richtlinie (IER), die landwirtschaftlichen Familienbetriebe mit Industrieanlagen gleichstellen, hindern junge Betriebsübernehmerinnen und Übernehmer in moderne Stallungen zu investieren. Um die Versorgungssicherheit mit hochwertigen tierischen Produkten und regionale Wertschöpfungsketten aufrecht zu erhalten, braucht es **klare, verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen**.

Die **Steirische Interessensvertretung** vertritt für die bäuerlichen Familienbetriebe klare Positionen:

a) eine **Ausnahmeklausel** für schweine-, geflügel- und putenhaltende Betriebe und keine Aufnahme der Rinder in die IER.

b) **Langfristig stabile Rechts- und Förderrahmen:** Tierwohl-, Umwelt- und Baurecht müssen **über längere Zeiträume planbar** bleiben. Förderprogramme sind daher so auszugestalten, dass **Investitionsentscheidungen nicht durch kurzfristige, politische Änderungen entwertet** werden.

c) **Realistische Übergangsfristen bei neuen Auflagen:** Neue Vorgaben müssen mit **ausreichenden Übergangsfristen** eingeführt werden, die sich an der **Abschreibungsdauer von Stallinvestitionen** orientieren.

d) **Gezielte Investitionsförderung für Junglandwirte:** Erhöhte Fördersätze und **zinsvergünstige Finanzierungsmöglichkeiten** sollen für junge Betriebsübernehmerinnen und Betriebsübernehmer bei Stallneubauten oder Modernisierungen sichergestellt werden.

e) **Erhalt der Ausgleichzahlungen und Investitionsförderungen** für Bergbauerngebiete in erschwerten Lagen zum Erhalt der Familienbetrieben und Kulturlandschaft.

Für den Inhalt verantwortlich und Kontakt:
Steirischer Bauernbund
Direktor DI Bernd Brodtrager
Krottendorfer Straße 79/4
8052 Graz